

VIII Schlußbetrachtung und Perspektive

Der Leghismo entstand Ende der 70er Jahre, als das „unvollständig bipolarisierte“, aber stabile Parteiensystem Italiens aufgrund der Auflösung der beiden politischen Subkulturen zunächst in eine Krise geriet. In den 80er Jahren haben sich die Widersprüche der italienischen Partitokratie bis zu ihrem Umsturz Anfang der 90er Jahre verschärft, ohne daß eine Alternative entstanden wäre. Das fast ein halbes Jahrhundert währende christdemokratische Regime erwies sich immer mehr als unfähig zur Lösung der fiskalpolitischen und sozialen Probleme, obwohl die italienische Wirtschaft seit Mitte der 80er Jahre im internationalen Vergleich eine hohe Leistungsfähigkeit erworben hat. Das DC-Regime versuchte, seine klientelistische Herrschaft in der Fortsetzung des Nord-Süd-Gefälles weiter zu behaupten. DC und PSI haben die Anpassung an die neue Umgebung der Globalisierung nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Kommunismus nicht geschafft, im Gegensatz zu den italienischen Kommunisten, die bereits seit Ende der 80er Jahre erfolgreich versucht haben, eine neue Identität zu bilden.

In dieser Entwicklung der italienischen Politik schlug der Leghismo in den Nordregionen mit Normalstatut Wurzeln, vor allem in der nordöstlichen Lombardei, in Venetien sowie dem südlichen Piemont. Diese besaßen in der durch die Beschränkung regionaler Autonomie geprägten Regionalstruktur eine relativ effizientere Lokalverwaltung, waren aber durch den fiskalpolitischen Zwang der Zentralregierung bedroht. Der Leghismo als norditalienischer Regionalismus, im Sinne der Mobilisierung der Regionen gegen den Zentralstaat, forderte unter föderalistischer Zielsetzung mehr regionale Autonomie. Er wurde durch Anti-Südtaliener-, Anti-Extracomunitari-Haltungen und Protest-Bewegungen geprägt. Aber sein Charakter, insbesondere derjenige der Protest-Bewegung und seine Zielsetzung blieben immer schwankend.

Aus diesem Grund haben viele Beobachter leghistische politische Bewegungen als politisierte Rassisten oder Populisten bezeichnet. Der leghistische Anti-Meridionismus und Anti-Extracomunitarismus unterscheiden sich jedoch vom Rassismus im klassischen Sinne. Sie sind, in den Worten von Bocca, nichts weiter als Interessenkonflikte im industriellen Ballungsraum, in dem sich der normale Italiener befindet. Auch von lokalen traditionellen Populisten werden die Leghisten unterschieden, weil sie nicht in einer wirtschaftlich benachteiligten Region entstanden sind. Der „neue“ Populismus kann auch nur beschränkt auf ihre Anfangsphase angewandt werden, da die Lega nunmehr als politische Partei mit umfangreichen Wahlprogrammen die Interessen einer bestimmten sozialen Basis artikuliert.

Andere Beobachter versuchen, die Lega mit Blick auf ihre schwankenden politischen Initiativen als „politisches Chamäleon“¹ oder „politischen Unternehmer“ zu charakterisieren. Ihrer Ansicht nach ist die Lega bereits seit Anfang der 90er Jahre keine regionalistische Partei mehr. Sie hat sich seit dem Wahlerfolg von 1992 von einer „Partei für regionale Autonomie“ zu einer Reformpartei gewandelt, deren zentrales Anliegen die Renovation der zentralpolitischen Institutionen ist.² Die sich ändernde Initiative der Lega kann aber eher auf der strategischen Ebene verstanden werden: sie versucht, durch die Stärkung ihres Einflusses auf die Zentralpolitik ihre Hegemonie im Norden zu erhalten, weiter zu behaupten und darüber hinaus ihre

¹ Vgl. Barlucchi, M. Chiara/Volker Dreier, Der Schlaf der Politik gebiert Ungeheuer: Zu den Sezessionsbestrebungen der Lega Nord, ihren Ursachen und möglichen Erfolgsaussichten, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 8, 1998, S. 578.

² Vgl. Diamanti, Ilvo, *La Lega. Geografia, Storia e Sociologia di un nuovo soggetto politico*, 2. erweit. Aufl., Roma: Donzelli 1995, S. 6 und 10.

Ziele zu erreichen. Die Lega ist daher als regionalistische politische Bewegung aufzufassen, die ihre Region als politischen Gestaltungsraum mit einer bestimmten Zielsetzung mobilisiert.

Die meisten Regionalismus-Diskussionen sind aber auf den ethnischen Regionalismus beschränkt, im wesentlichen auf denjenigen, der die Mobilisierung wirtschaftlich und/oder ethnokulturell unterdrückter Regionen begründet. Diese Ansätze können für die Erklärung des Leghismo keine Anwendung finden: Die Leghisten entstanden weder auf ethnokultureller Grundlage noch in einer Situation wirtschaftlicher Abhängigkeit oder abhängiger Entwicklung. Sie fordern vielmehr Institutionen, die auf dem „Ort“ basieren.³ Die leghistische Mobilisierung entfaltete ihre Wirksamkeit im Sinne des politischen Regionalismus aufgrund des Widerspruchs zwischen ökonomischer Entwicklung und politischer Unterrepräsentation.

Die prozeßpolitische Analyse von D. Gerdes ist im Gegensatz dazu anwendbar. Er betrachtet, unabhängig von den ethnischen oder wirtschaftlichen Ursachen, regionalistische Bewegungen im Grunde als soziale Bewegungen, die sich durch Institutionalisierung zur politischen Partei entwickeln können. Wegen des Problems der Unterscheidung zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien schließt Gerdes jedoch die Mobilisierungsmöglichkeit regionalistischer Interessen, die von Anfang an als politische Partei artikuliert werden, aus. Die Lega charakterisierte sich selbst allerdings als „eine Volksbewegung gegen die übermäßige Macht der Parteien, die auf die Richtigstellung des schlechtfunktionierenden Demokratie-Systems und auf seine Wiederstellung in den Dienst für die Bürger zielt“.⁴ Die Leghisten haben dennoch bereits seit ihrer Entstehungsphase ihre Interessen in der Form einer politischen Parteidbildung verfolgt: im Schumpeterschen Sinne als eine Menschengruppe, die am Konkurrenzkampf um die politische Macht teilnimmt, vor allem an Wahlen⁵. Diese Artikulationsform des Leghismo ist bezogen auf seine Genese zu erklären.

1) Leghismo als politischer Regionalismus auf der Grundlage des Widerspruchs zwischen ökonomischer Entwicklung und politischer Unterrepräsentation

Ursprünglich entstand das Phänomen des italienischen Leghismo aus der Entfremdung der Zivilgesellschaft von der Politik, konkret der Entfremdung der Bürger von der politischen Klasse,⁶ und aus dem wirtschaftlichen Dualismus im Gefälle zwischen Süd und Nord. Die Meridionalisierung der Staatsverwaltung und der DC führten zu Mobilisierungsmöglichkeiten im Norden. Die Meridionalisierung der Christdemokraten und der Staatsverwaltung spiegelt sich nicht nur in den Forderungen nach Selbstverwaltung im ersten Programm der Lega Lombarda und in den Wahlkampfparolen der verschiedenen Leghen, sondern auch in der Stimmenszusammensetzung der DC bei den Parlamentswahlen 1987 und 1992 wider. Die DC hat vor allem in den sich weiter säkularisierenden Provinzen den größeren Stimmenschwund erfahren.

³ Bonomi, Aldo, Alle origine del movimento: La Lega Lombarda tra cosmopolitismo e localismo, in: Giovanni De Luna (Hg.), *Figli di un benessere minore: la Lega 1979-1993*, Firenze: La Nuova Italia 1994, S. 236.

⁴ Savelli, Giulio, *Che cosa vuole la Lega*, Milano: Longanesi & Co. 1990, S. 186-187.

⁵ Vgl. Schumpeter, Joseph A., *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. erweit. Aufl., Tübingen/Basel: Francke 1993, S. 449-450.

⁶ T. Gallagher faßte diese Teilung des italienischen Lebens auf, nicht als eine zwischen Links und Rechts, sondern eine zwischen der politischen Klasse und den von ihr geplünderten Bürgern. Vgl. Gallagher, Tom, Rome at Bay: The Challenge of the Northern League to the Italian State, in: *Government and Opposition*, Jg. 27, 1992, Nr. 4, S. 483.

Unmittelbarer Antrieb der leghistischen Mobilisierung war vor allem die Entwicklung der Mittel- und vor allem Kleinbetriebe, die seit Mitte der 70er Jahre im Hinterland des industriellen Dreiecks auf der Grundlage der indirekten Effekte der staatlichen Wirtschaftspolitik und des traditionellen Familialismus einen großen Aufschwung erlebten. Gleichzeitig nahm durch die Umstrukturierung der Großindustrie die Zahl der Selbständigen zu. In diesen Bezirken hat das parteipolitische Profil des Leghismo begonnen.

Diamanti erklärte daher den Leghismo als ein Phänomen, das aus dem Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie entstanden sei. Der Konflikt zwischen Großkapital einerseits und Mittel- bzw. Kleinkapital andererseits wurde jedoch erst seit dem politischen Auftreten von Berlusconi, der selber ein Großunternehmer aus Mailand ist, von der Lega Nord strategisch behauptet, um ihre soziale Basis gegen die Forza Italia zu konsolidieren und die Mittelschichten an die Lega heranzuführen.

Allerdings besteht weiterhin das Problem der Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb Padaniens. Miglio hat selbst 1996 in einem Interview mit *Quaderni Padani* dieses Problem zwischen dem Nordwesten und dem Nordosten bestätigt.⁷ Die Lega hat jedoch immer wieder versucht, das gesamte Norditalien mit der von ihr selbst behaupteten „padanischen“ Kultur und mit der föderalistischen Konzeption zu integrieren. Miglio hat z. B. damals gleichzeitig vorgeschlagen, daß Mailand nicht als Hauptstadt, eine in der zentralistischen Konzeption gewöhnliche Terminologie, sondern als eine „retikuläre Hauptstadt“ (*capitale reticolare*) in einem föderalistischen Staatsaufbau aufgefaßt werden sollte.⁸

In der Anfangsphase waren die Leghen der verschiedenen Regionen davon überzeugt gewesen, daß sie eine jeweilige kulturelle und linguistische Grundlage ihrer Mobilisierung behaupten könnten. Sie hatten daher in dieser Phase ein autonomistisches Sonderstatut wie der Ausnahmefall Südtirol angestrebt, dem die linguistische Gleichberechtigung und eigene Wehrdienstordnung sowie die Autonomie beim legislativen und exekutiven Recht eingeräumt sind.

Die ethnoregionalistischen Zielsetzungen wurden jedoch bereits seit 1983 zunächst von der Lega Lombarda aus dem Programm gestrichen. Während die Liga Veneta bis Ende der 80er Jahre wegen der Beibehaltung dieser ethnozentrischen Forderungen ständig an Stimmen verlor, konnten die anderen Leghen mit dem Versuch, eine neue auf dem „Ort“ basierende Identität zu bilden, ihre Wählerschaft verbreiten. Seit Ende der 80er Jahre strebten sie, diesmal zusammen mit der venetischen Lega, die Vereinigung mit einer gemeinsamen sozioökonomischen Identität an. Die vereinigte Lega Nord entwickelte den „integralen Föderalismus“ mit dem Begriff der Kultur der „Produzenten“, mit dem sie ihre „padanische Kultur“ von der klientelistischen „Südkultur“ unterscheiden wollte.

Mit dem neuen Föderalismus-Konzept bekräftigte die Lega ihren integralen und reformistischen Charakter. Die Forderung nach dem integralen Föderalismus hat in der Tat zusammen mit der Kritik am bestehenden System Antrieb gegeben zur Diskussion der institutionellen Reform zugunsten der Überwindung der „ersten Republik“. Auch in der Phase der Sezessionsstrategie wurde inhaltlich ihre Zielsetzung des integralen Föderalismus fortgesetzt. Andererseits schwankte aber ihre konkrete Vorstellung des föderalistischen Staatsaufbaus aufgrund der Meinungsunterschiede der Leghisten in den Regionen und abhängig von den strategischen Rahmenbedingungen. Der Föderalismus ist nunmehr für die Lega nur ein abstraktes Prinzip

⁷ Intervista a Gianfranco Miglio, in: *Quaderni Padani*, Jg. 2, 1996, Nr. 7, S. 50.

⁸ Ebenda.

wie eine Ideologie, mit der sie ihre soziale Basis integrieren will. Die Lega Nord als eine regionalistische Partei, die nicht auf der ethnokulturellen Identität beruht, verdankt ihren Wahlerfolg dieser entradikalisierten Zielsetzung.

Auch die Sezessionsstrategie ist trotz ihrer angeblichen und verbalen Radikalisierung in diesem Zusammenhang zu verstehen. Die nach einer Sezession verlangenden regionalistischen Bewegungen erscheinen meistens nicht alltagspolitisch, sondern extrem radikal, wenn sie in der geschichtlichen und kulturellen Identität begründet sind.⁹ Die Leghisten sind jedoch von vornherein von der „demokratischen Methode“ abhängig, wie es in ihrem Parteistatut definitiv geschrieben ist¹⁰, und von Anfang an durch die Wahlbeteiligung selbst konstituiert. Die Sezessionsforderung ist nichts anderes als eine Strategie, die aber nicht im Wahlkampf, sondern gegen die Entsolidarisierung der Leghisten durch die Forza Italia und die Föderalismus-Diskussion verwendet wurde, wie es Bossi und andere Führer der Lega Nord oft bestätigt haben.

Die Lega wird nicht als Gefahr für die italienische Nation angesehen. Die Regierung Prodi hat daher auf strafrechtliche Schritte gegen die separatistischen Bestrebungen der Lega Nord verzichtet. Auch D'Alema hat nach der Bildung der neuen Mitte-Links-Regierung auf seiner Reise nach Frankreich in einem Interview mit *Le Monde* erwähnt, daß die Lega keine Bedrohung der nationalen Einheit sei, obwohl sie eine der italienischen Politik sein könne.¹¹

Wenn der Leghismo als ein *politischer Regionalismus* (wie der Fall A in der Abb. III-1, S. 62 und Tab. III-4, S. 64) aufgefaßt wird, der nicht an ethnokulturelle Identität und/oder wirtschaftliche Unterentwicklung gebunden ist, dann kann die Geschichte seiner sich ändernden Zielsetzungen sowie seine soziale Basis und Forderungen erst verstanden werden. Die italienischen Großunternehmen sind traditionell Meistbegünstigte des zentralistischen Staates und seiner Politik gewesen, während die Mittel- und vor allem Kleinbetriebe sowie die unabhängig Arbeitenden den effizienteren Lokalverwaltungen verbunden waren. Durch die fiskalpolitische Umverteilung durch den Zentralstaat, die von der klientelistischen „Verschwendung“ abhängig war, wurden daher diejenigen noch empfindlicher getroffen, deren Interessenlage im Bereich der Mittel- und Kleinbetriebe lag. Die Hochburgen der Lega blieben daher bis heute in diesen Gebieten.

Zu den Gründen dieser Konsolidierung der Lega-Wähler in bestimmten Provinzen des Nordens trug nicht nur das politische Auftreten der Forza Italia bei, die sowohl die Interessen der großen Stadtbourgeoisie als auch einigermaßen die der Mittel- und Kleinunternehmer und Mittelschichten vor allem im Nordwesten repräsentiert, sondern auch die traditionell feste Verankerung der linken Parteien in der organisierten und in Großbetrieben beschäftigten Arbeiterschaft.

Als soziale Träger des Leghismo wird dann nicht eine Ethnie betrachtet, sondern die am „Ort“ verbundenen Einwohner, die sich vor allem in der Umgebung der Mittel- und Kleinbetriebe oder im unabhängigen Beschäftigungsbereich und von der zentralstaatlichen Politik bedroht sehen. Ihre Interessen liegen in einer starken politischen Repräsentation auf der kom-

⁹ In der internationalen Diskussion wird die moralische Legitimität der so begründeten Sezession nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker positiv angenommen. Vgl. Nevola, Gaspare, *La politica della secessione*, in: *Rivista Italiana di Scienza Politica*, Jg. 28, 1998, S. 127.

¹⁰ *Statuto della Lega Nord per l'Indipendenza della Padania, approvato dal Congresso Federale Straordinario del 27/28/29 marzo 1998*, Art. 1.

¹¹ *Corriere della Sera*, 14.04.1998

munalen, regionalen und zentralen Ebene. In bezug auf die Grundlage ihrer Entwicklung ist ihnen eine regionale Autonomie vor allem auf fiskalpolitischer Ebene wichtig. Aus diesem Grunde wurden ihre Interessen nicht von einer sozialen Bewegung artikuliert, die von ihrer Verfolgung des Ziels, „grundlegenden sozialen Wandel in der gesellschaftlichen Ordnung herbeizuführen“,¹² geprägt wird, sondern eher von einer politischen Partei, die sich auf der Basis bestimmter sozialer Schichten durch Wahlerfolge direkt an der Politik beteiligen kann.

Leghismo als politischer Regionalismus	
Ursache und Bedingung der Entstehung	Politische Unterrepräsentation (personal- und fiskalpolitische) der wirtschaftlich entwickelten bzw. sich schnell entwickelnden Regionen.
Soziale Träger	Neu verstärkte Sozialschichten im Norditalien, die sich vor allem in der Umgebung der Mittel- und Kleinbetriebe oder im unabhängigen Beschäftigungsbereich und von der zentralstaatlichen Politik bedroht sehen.
Zielsetzung	Starke politische Repräsentation mit föderalistischen Forderungen.
Artikulationsform	Institutionalisierte politische Partei auf dem Weg zur Mitte.

2) Lega Nord als politischer Akteur auf dem Weg zur Mitte

Die Lega Nord ist trotz ihres Föderationsprinzips streng hierarchisch organisiert. Die vereinigte Lega Nord hat die Organisationsstruktur der Lega Lombarda, die genau so hoch zentralistisch geprägt wurde, unter der Führung von Umberto Bossi übernommen. Die Lega Lombarda wurde nicht als eine auf der Grundlage geringer Rollenspezifizierung mittels variabler Organisations- und Aktionsformen organisierten sozialen Bewegung, sondern als politische Partei, auf deren Gründungsmitglieder alle Bestimmungsrechte konzentriert wurden, von Bossi und seinem kleinen Personenkreis gegründet. Nach der Vereinigung der verschiedenen Leghen gab es allerdings mehrere interne Konflikte zwischen Führungspersonen sowie zwischen den regionalen Sektionen. Durch den Ausschluß der Opposition aus der Lega wurde aber die Organisation immer wieder auf den Parteiführer Bossi konzentriert (*Lega di Bossi*).

In bezug auf die Sympathisanten- sowie Wählerschaftsstruktur verzeichnete die Lega einen hohen Anteil von Männern, in jungem Alter mit niedrigem Bildungsniveau, Arbeiter oder Selbständigen in der mittleren und kleinen industriellen Produktion. In dieser Struktur spiegeln sich die sozioökonomische Basis und der Charakter der Lega als einer neuen Partei und Protestpartei. Die Lega repräsentiert in diesem Sinne das partikularische Interesse der im Norden neu verstärkten Schichten („*ceti forti*“)¹³, die in den mittleren und kleinen Betrieben auf Grundlage des traditionellen Familialismus oder unabhängig beschäftigt sind und sich in der Mitte des parteipolitischen Spektrums befinden.

Der Erfolg einer regionalistischen Partei ist allerdings, wie J. L. Newell zum Vergleich zwischen der italienischen Lega und der Schottischen Nationalen Partei bemerkt hat, stärker ab-

¹² Heberle, Rudolf, *Social Movements*, New York: Appleton-Centura-Crofts 1951, S. 6.

¹³ Vgl. Ricolfi, Luna, La Lega, in: Gianfranco Pasquino (Hg.), *La politica italiana: Dizionario critico 1945-95*, Roma/Bari: Laterza 1995, S. 271.

hängig von der Fähigkeit ihrer Konkurrenz-Partei im Vergleich zu den nationalen Parteien.¹⁴ Diese Bemerkung ist besonders überzeugungsfähig im Fall der italienischen Lega, da sie nicht auf einer ethnokulturellen Grundlage steht. Newell faßte die Entstehung von Parteien für regionale Autonomie wie die SNP und Lega Nord als eins der Phänomene, die den Niedergang der traditionellen *Social Cleavages*, die Entwicklung der *Catch-all-Party*¹⁵ und die zunehmende Volatilität der Wähler in ganz Europa begleiteten. Diese neuen Parteien stehen teilweise gegen etablierte Parteien, die im ideologischen Spektrum dieselbe Position besetzen. In Bezug auf den Wahlprozeß der Parteien für regionale Autonomie handelt es sich bei Newell um die Fähigkeit der etablierten Catch-all-Parteien, die Behauptung dieser neuen Parteien und neue Social Cleavage in ihre Parteipolitik zu integrieren.¹⁶

Im Gegensatz zu Schottland besaß jedoch die DC als die Konkurrenz-Partei der Lega nicht mehr die nötige Integrationsfähigkeit, so daß diese ihre Wählerbasis durch ihre klientelistische Politik sogar weiter in den Süden ausdehnen mußte. Demgegenüber erwies sich nun die Forza Italia nicht nur im Nordwesten als konkurrenzfähig, sondern auch in den Hochburgen der Lega. Die Lega Nord stand damit vor der Notwendigkeit, ihre soziale Basis gegen die Forza Italia zu konsolidieren. Hinzu kam die Konkurrenz aller Parteien um die Mitte des parteipolitischen Spektrums nach den Parlamentswahlen 1994.

Dem Zentrumslager des parteipolitischen Spektrums in Italien gehören heutzutage sehr verschiedene Parteien an, bis hin zu manchmal einander gegensätzlichen Kräften.¹⁷ Der Wahlerfolg bei den Parlamentswahlen 1996 war abhängig davon, wieviel von diesen Zentrumsparteien zusammengeführt werden konnten. Die „Progressisten“, die Wahlallianz für die Parlamentswahlen 1994, wurden zusammen mit der PPI, PDS, „*cespugli*“ (Sozialisten, Liberale, Grünen, Rete, Bürgerrechtler) und der Sammelbewegung von Prodi, aber diesmal ausschließlich der PRC, unter den Namen „Olivenbaum“ neugebildet, und waren dadurch in den nächsten Wahlen erfolgreich.

Die wichtigste Veränderung innerhalb der rechten Wahlallianz betraf demgegenüber das Ausscheiden der Lega Nord, die 1994 für maßgebliche Gewinne der Rechtsallianz vor allem im Norden des Landes gesorgt hatte und den Wahlkampf 1996 ohne jegliche Bündniszugehörigkeit bestritt. Die verbleibenden Hauptakteure der Rechtsallianz – Forza Italia und Alleanza Nazionale – bemühten sich äußerlich ebenfalls darum, als zentrische Kräfte zu erscheinen, wofür es in der Programmatik beider Parteien indes nur spärliche Anzeichen gibt. Die Alleanza Nazionale hat versucht, sich auf einem Sonderparteitag vom Januar 1995 endgültig in eine post-faschistische, „eine moderne, regierungsorientierte Rechte“ umzuwandeln.¹⁸ Auch

¹⁴ Vgl. Newell, James L., The Scottish National Party and the Italian Lega Nord: A Lesson for their Rivals?, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 26, 1994, S. 135-153.

¹⁵ Vgl. Kirchheimer, Otto, The Transformation of the Western European Party Systems, in: Joseph LaPalombara/Myron Weiner (Hg.), *Political Parties and Political Development*, Princeton: Princeton Uni. Press 1966, S. 177-200.

¹⁶ Vgl. Newell, J. L., a.a.O., S. 142-149.

¹⁷ Vgl. Follini, Marco, Il mosaico centrista, in: *Il Mulino*, Jg. 47, 1998, S. 673-682.

¹⁸ Die Alleanza Nazionale unter Gianfranco Fini ist bis Ende 1994 eine Ergänzungsorganisation des MSI (*Movimento Sociale Italiano*) gewesen. Bereits die Gründung der Alleanza Nazionale im Januar 1994 sollte den Abschied von den neofaschistischen Traditionen, die die Geschichte des MSI geprägt haben, markieren. Die MSI, die von ehemaligen Mitgliedern der faschistischen Bewegung Mussolinis gegründet wurde, bestand aber zunächst weiter und stellte die organisatorische Basis sowie – bis auf wenige Ausnahmen – die Führungselite der Alleanza Nazionale. Erst am 24. Oktober

im Hinblick auf die Forza Italia läßt sich eine Zentrumsbewegung indirekt aus der zur Schau gestellten Bündnisfähigkeit mit genuin demokratisch-konservativen Kräften wie den Christdemokraten um Rocco Buttiglione ableiten.¹⁹

In diesem Zusammenhang bewegt sich die Lega Nord mit ihrer neoliberalen, allerdings auf die Mittel- und Kleinbetriebe orientierten Wirtschaftspolitik weiterhin in die Mitte. Die Lega hat daher immer mehr die Privatisierung zusammen mit dem Föderalismus gefordert. Bossi nannte die Leute mit fachlicher Qualifikation und Kleinunternehmer „Gruppe der Freunde (*gruppi amici*)“ und selbst „autoprotektionalistischer Neoliberalist (*neoliberalismo auto-protezionista*)“.²⁰ Die Lega forderte weiterhin Steuersenkungen, fiskalpolitische Dezentralisierung, Vereinfachung und Flexibilisierung der Tariffindung, die Abschaffung nationaler Tarifverhandlungen, Privatisierungen von Gesundheits- und Bildungswesen.²¹ Bossi hat andererseits hinsichtlich der Unterscheidung zwischen Lega und Forza Italia geäußert: Es gehe nicht mehr um „die Dialektik zwischen dem privaten Monopol und dem öffentlichen Monopol, sondern um die zwischen dem privaten Monopol und den verbreiteten Akteuren, d. h. zwischen den konservativen Liberalisten und den Volksliberalisten“, weil „nun der Liberalismus den Kommunismus besiegt hat“.²²

Auch in bezug auf die Globalisierung und europäische Integration wird diese Stellung der Lega deutlich erkennbar. Die Lega betrachtet die Globalisierung als Bewegungsprozeß der Weltkapitalien und stellt sie daher gleich der Mondialisierung (*mondializzazione*). Im Mittelpunkt der Globalisierungspolitik stehe zunächst die wirtschaftliche Intervention, vor allem wie z. B. die Monetarisierung, die von der Kontrolle nationaler Devisen zugunsten des Monopols des amerikanischen Dollars geprägt werde.²³ Der andere Stützpunkt der Globalisierungspolitik sei die weltweite kulturelle Vermassung, die schließlich zur Hoffnungslosigkeit und dem Elend der nationalen Kultur führe.²⁴ Die Lega orientiert sich in diesem Sinne nicht auf den Kosmopolitismus, vielmehr auf den Partikularismus.²⁵ Die Forderung nach einem „Europa der Regionen“ ist in diesem Zusammenhang der partikularischen Widerstände gegen die Globali-

1994 hat der MSI beschlossen, die MSI aufzulösen und vollständig in die Alleanza Nazionale überzugehen. Die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder folgte Gianfranco Fini mit Begeisterung. Nur eine kleine orthodox neofaschistische Minderheit um den ehemaligen Parteichef Pino Rauti verweigerte die Gefolgschaft und rief in den folgenden Monaten „*Fiamma Tricolore (Il Movimento Sociale Fiamma Tricolore)*“ ins Leben. Trotz der Abspaltung dieser radikalen neofaschistischen Randgruppe (zu Beginn des Jahres 1995) wurden jedoch kaum ernsthafte Schritte in Richtung einer demokratisch-konservativen Partei gemacht. Vgl. Seißelberg, Jörg, Berlusconi Forza Italia. Wahlerfolg einer Persönlichkeitspartei (1994), in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Sonderband zum 25jährigen Bestehen, 1995, S. 228 und Bocca, Giorgio, *Il filo nero*, Milano: Mondadori 1995, S. 216.

¹⁹ Helms, Ludiger, Der italienische Machtwechsel von 1996 und seine Folgen, in: *Leviathan*, Jg. 24, 1996, S. 387-389.

²⁰ Diamanti, I., a.a.O., S. 97.

²¹ Savelli, G., a.a.O., S. 187.

²² Bossi, Umberto, *Il mio progetto: discorsi su federalismo e Padania*, Milano: Sperling & Kupfer 1996, S. 70. „tra monopolio privato e azionariato diffuso, cioè tra ‚liberisti conservatori‘ ... e ‚liberisti popolari‘.“

²³ *La Padania*, 10.12.1998.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Vgl. Leonardi, Robert/Monique Kovacs, L'irresistibile ascesa della Lega Nord, in: Stephen Hellman/Gianfranco Pasquino (Hg.), *Politica in Italia: i fatti dell'anno e le interpretazioni*, edizione 93, Bologna: Il Mulino 1993, S. 135.

sierung zu verstehen. Auch die Anti-Extracomunitari der Leghenwähler kann in diesem Kontext verstanden werden. Immigration ist für die Lega nichts anderes als ein Mittel der kulturellen Vermassung und ökonomischen Globalisierung.

M. Gilbert zufolge kann die Lega Nord in eine Reihe mit Verfechtern einer internationalen Regierung wie H. G. Wells, H. N. Brailsford und Leonard Woolf gestellt werden.²⁶ Vor allem die föderalistische Zielsetzung und die Kritik der Lega Nord an den Nationalstaaten sind dabei von Bedeutung. Bossi argumentiere, so Gilbert weiter, daß die Nationalregierung, jedenfalls in Europa, radikal überflüssig werde, und daher Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik auf die regionale Ebene umgesetzt werden könne, während wichtigere Fragen die Aufgaben der direktgewählten Europa-Deputierten sein sollten.²⁷ Auf der anderen Seite haben jedoch z. B. Speroni und Comino zusammen mit Bossi die europäische Integration und den EURO als „das deutsche Europa der Bankiers“ bezeichnet.²⁸

Die Lega will weiterhin die Mitte des parteipolitischen Spektrums sein. Bossi hat darauf hingewiesen, daß sie genauer eine Kraft der Mitte sei, die vor allem die modernen Mittelschichten repräsentiere, „in der Mitte und oben“.²⁹ Er behauptete weiter, daß die Lega „eine Avantgarde mit revolutionärer Tendenz, doch keine Revolutionäre“ seien.³⁰ Er hat noch hinzugefügt, daß die angestrebte Staatsform niemals ein Staat auf der Grundlage von Ethnie oder Blut sei, sondern auf den Völkern und kulturellen Identitäten basieren müsse.³¹ Auf dem Kongreß der Lega Nord vom März 1998 und auch in allen öffentlichen Versammlungen der Lega wurde daher nicht einmal mehr die Sezession erwähnt, sondern nur „die Notwendigkeit der politischen Union des Nordens“ auf der politischen Ebene und „eines padanischen Blocks“ auf der zivilgesellschaftlichen Ebene betont.³² Damit wollte Bossi vor den Regionalwahlen Ende 1998 darauf hindeuten, daß die Lega auf alles radikale Verhalten verzichten wollte.

Auf dem politischen Spektrum befindet sich die Lega Nord nunmehr in der Mitte wie die PPI.³³ Zu bemerken ist aber, daß sich die Lega Nord als politische regionalistische Partei im Gegensatz zur PPI auf den Norden beschränkt. Sie kann so ihre Hegemonie als stärkste norditalienische Zentrumsparterie in ihren Regionen weiter behaupten, wenn die politische Unterrepräsentation des Nordens auf Grundlage des wirtschaftlichen Nord-Süd-Gefälles fortgesetzt wird. Ansonsten liegt ihre politische Perspektive in einem föderalistischen Staatsaufbau, sei es in den jeweiligen Regionen oder auch in einem gesamten „Padanien“.

²⁶ Vgl. Gilbert, Mark, Warriors of the New Pontida: The Challenge of the Lega Nord to the Italian Party System, in: *The Political Quarterly*, Vol. 64, 1993, S. 104.

²⁷ Ebenda.

²⁸ *Corriere della Sera*, 28.03.1998.

²⁹ Bossi, U., a.a.O., S. 105.

³⁰ *La Repubblica*, 8.09.1998.

³¹ Ebenda.

³² *La Repubblica*, 14.09.1998; *La Padania*, 18.10.1998.

³³ Vgl. D'Alimonte, Roberto/Stefano Bartolini, ‚Electoral Transition‘ and Party System Change in Italy, in: *West European Politics*, Vol. 20, 1997, Nr. 1, Special Issue on Crisis and Transition in Italian Politics, hrsg. von Martin Bull und Martin Rhodes, London: Frank Cass, S. 130-131.